

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederwöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stichwörter).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 26 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 5.

Berlin, Mittwoch, 16. Januar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Gewerkevereine und Politik. — Eine erste Sache. —
Zum Verbandstage. — Ueber die Arbeitsverhältnisse in
Japan. — Reichstagswahl und Arbeitervereine. — All-
gemeine Kampfsache. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände
über das Jahr 1906. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-
Zell. — Anzeigen-Zell.

Gewerkevereine und Politik.

Von allen Arbeiterorganisationen sind heute sicher
die Deutschen Gewerkevereine die einzigen, welche nicht
nur behaupten, politisch vollständig neutral zu sein,
die vielmehr ängstlich darauf achten, daß diese Be-
hauptung auch tatsächlich der Wahrheit entspricht.
So war es, so lange die Gewerkevereine bestanden,
so hält man es auch noch heute.

Nun hat aber alles im Leben seine zwei Seiten
und so läßt sich auf der einen Seite viel Gutes über
diese politische Neutralität sagen, während auf der
anderen Seite zugegeben werden muß, daß es heute
unmöglich geworden ist, Politik und politische Dinge
vollständig aus unseren Reihen fern zu halten.

Die Zeiten sind andere geworden und stellen
neue Forderungen, die niemand, besonders aber nicht
eine Berufsorganisation, unbeachtet lassen kann und
darf; denn nur das Fortschreiten mit der neuen Zeit
hält lebendig, nur das stetige Anpassen an moderne Ver-
hältnisse beliebt die Weisheit und schützt vor Ermattung
der Kräfte.

Politisches Denken und Fühlen und die direkte
politische Mitarbeit hat heute eine ganz andere
— die breitesten Schichten unseres Volkes erfaßt;
alles, und nicht zuletzt der Arbeiter, nimmt an dem
politischen Leben regen Anteil, und diesem Umstande
muß die Leitung des Gewerkevereins unbedingt Nach-
sicht schenken. Die Idee: jeder kann politisch nach
seiner Façon tätig werden, ist sicher gut und schön,
aber auch ungenügend gefährlich; denn dadurch werden
in die Organisation verschiedene politische Strö-
mungen und Gegensätze getragen, die direkt zerstörend
wirken, die den Bestand der Gesamtorganisation ge-
radezu gefährden können.

Aber nicht nur die Menschen (und ihre Stellung
zur Politik) sind andere geworden, auch die Politik
selbst hat sich verändert. Heute hat in der Politik
nicht mehr die sogenannte autoritative Politik die
Hauptbedeutung, heute sind in derselben nicht mehr
die staatspolitischen Fragen die Brennenden;
die innere Politik, volkswirtschaftliche und nationale
Fragen sind es, um was wir heute in erster Linie
politisch kämpfen. Und dieser Politik, diesem poli-
tischen Leben darf sich keine Berufsorganisation ent-
ziehen.

Hier ist es unbedingt nötig, irgendwie Stellung
zu nehmen; denn es wäre unglücklich wenn man zu
Haus die schönsten sozialpolitischen Forderungen an-
stellt, diese aber im Programm bereinigt, dann aber
davon absteht, sich den parteipolitischen Einflüssen zu
erdingen, wo einzig und allein die Möglichkeit gegeben
ist, seine theoretisch aufgestellten Forderungen in die
Wirklichkeit umzusetzen.

Auf der einen Seite die Gefahr innere Unstetig-
keit, hervorgerufen durch regellose politische Strömungen,
auf der anderen Seite die unbedingte Notwendigkeit
praktischer politischer Arbeit, weisen zwingend darauf
hin, auch politischen Dingen mehr Aufmerksamkeit zu
widmen, als es bisher geschehen ist.

Und nun zur zweiten großen Frage! Auf welche
Weise kann bzw. muß dies geschehen?
Und da kann man zunächst zwei Grundbedin-
gungen anstellen! Erstens, daß die Organisation als
solche, wie bisher, politisch indifferent bleibt, und
zweitens, daß jeder politische Parteierwerbungs-
energisch von der Hand gewiesen wird. Was aber
ist, ist politische Schulung, die es dem Einzelnen
möglich macht, die Verhältnisse so zu erkennen, wie
sie tatsächlich sind, um sich auf Grund dessen, was er

auf beruflichem Wege über politische Dinge zu er-
fahren Gelegenheit hat, ein selbständiges Urteil zu
bilden. Dann kann und soll er als freier Mann,
auf Grund des ihm gewährteten gleichen und ge-
heimen Wahlrechtes seine verfassungsmäßigen Rechte
als deutscher Staatsbürger ausüben.

Die nächstliegende Frage wird deshalb die sein,
brauchen die Arbeiter eine politische Interessenver-
tretung, etwa im Sinne einer Arbeiterpartei, vielleicht
besser gesagt „Arbeiterpartei“, oder ist es vorteil-
hafter, sich einer Parteirichtung anzuschließen, welche
die gemeinsamen Interessen aller Volkstreu zu
vertreten sucht.

Sicher ist das letztere der Fall! Die einzelnen
politischen Interessengruppen, so wie sie heutzutage
bestehen oder in der Bildung begriffen sind, sind gewiß
nur eine vorübergehende Erscheinung und ohne
allen Zweifel ein Beweis eines nicht vollständig ent-
wickelten politischen Bewußtseins.

Mit dem Wohl und Wehe des gesamten Volkes
als Nation ist das Wohl und Wehe der einzelnen
Interessengruppen untrennlich verbunden. Und daß auf
die Dauer kein Stand auf Kosten eines anderen eine
Bebodung erfahren kann, soll nicht der ganze Staat
darunter leiden, was unbedingt auch dann auf den
bedorugten Stand eine nachteilige Rückwirkung hätte,
ist eine Einsichtswahrheit, die nur struppellose Parti-
agitatorien verneinen kann.

Große politische Fragen können niemals
vom stichurmsstandpunkte einseitiger Interessen-
tenwünsche gelöst werden, es muß ihnen das Be-
wußtsein der hohen nationalen und kulturellen Auf-
gaben eines Volkes zugrunde gelegt sein.

Also Parteipolitik! Und hier wieder als Grund-
bedingung: Eintreten für alle wirklich nationalen
Forderungen einerseits und unbedingt, erbarmungs-
loser Kampf gegen alle Reaktionen andererseits, d. h.
gegen alle diejenigen Bestrebungen, welche veraltete
Anschauungen und Einrichtungen in unser modernes
Zeitalter herüberretten wollen und welche die Ent-
wicklung unseres Volkes auf sozialem und kulturellem
Gebiete zugunsten einiger privilegierteter Stände zu
hemmen suchen. Der Arbeiter ist mehr als
jeber andere Stand von nationalen Wohle
eines Landes abhängig, ist doch die Entwicklung
der Industrie, welcher eine jeweils nationale Indus-
trialität nicht abgeprochen werden kann, und die mit
der nationalen Stärke eines Landes im innigen Zu-
sammenhange steht, für den Arbeitnehmer die einzige
Garantie für eine gleichmäßig vorwärtsschreitende
Besserung seiner Lebenshaltung.

Gerade die unteren und mittleren Schichten eines
Volkes haben ein ungeheures Interesse an dem Staats-
wohl; nur die obersten Schichten, das Großkapital,
werden aus verschiedenen Gründen von nationalen Un-
glücksfällen nicht oder doch weniger schwer betroffen.
Das ist kein Hurraparotismus, das sind ein-
fache politische Tatsachen, die man in einer Versamm-
lung von Unwissenden niederbrüllen, aber niemals
widerlegen kann!

Berlin. Karl Müller (Kauflente).

Eine erste Sache.

Jeder Gewerkevereiner, der die letzte Zeit unsere
Gewerkevereinszeitungen, hauptsächlich den „Regulator“
aufmerksam verfolgt hat, wird zu der Ueberzeugung
gelangt sein, daß man in unseren Führerzeilen oder
sagen wir einmal, vielleicht richtiger, bei diesen unserer
Gewerkevereinsbeamten das ernsteste Bestreben findet,
unsere Gewerkevereinsmitglieder mit aller Macht zur
politischen Betätigung zu bringen. An sich ist dies
Bestreben ja lobenswert, denn wenn die Gewer-
kevereine auch politisch neutral sind, so sollen die
Mitglieder derselben doch nicht politisch untätig
sein, denn sie sind ja gute deutsche Reichsbürger wie
jeder andere. Es ist aber auch, glaube ich, noch sehr
die Frage, ob unsere Mitglieder wirklich so politisch
untätig waren, als manche unserer Beamten glauben

mögen. Weß ich doch, daß unsere Gewerkevereinsmit-
glieder hier in Siegen a. B., noch bei jeder Wahl
sich da betätigt haben, wo wir die größte Freiheit
und das größte Recht zu finden hoffen. Ja, einzelne
unserer Mitglieder, darunter auch meine Wenigkeit,
sind mit unserem Siegerländer Landmann, Herrn
Dr. Fritz Schupp in Berlin bis ins Witzgenheimische
und ins heftigste Hintertand hineingezogen, um für
dessen Wahl zu wirken, aber es half nichts. Leider!
Das Wort „Freiheit“ hatte im hiesigen Wahlkreise
die Zugkraft verloren. Woran das lag, kann ich hier
nicht erörtern, es gehört auch nicht hierher. Bemerken
muß ich aber, daß es in keinem Fall an den Reichs-
tagswahlen selbst gelegen, es waren durchweg
brave und tüchtige volkfreundliche Männer. Wenn
wir einmal eine gemeinschaftliche Tageszeitung haben
werden, was hoffentlich nicht mehr allzulange dauern
wird, dann kann man auch solche Sachen einmal be-
leuchten und kritisch darfallen. Jedemfalls wird noch
einer oder der andere etwas daraus lernen können,
der heute die meisten Gewerkevereinsmitglieder nur an
ihren Gewerkeverein denken läßt, in dem ängstlichen
Bemühen, nur alles fernzuhalten, was irgendwie nach
Politik riecht. Das ist durchaus nicht so. Aber so
wie die Sache heute zum Teil betrieben wird, so
wollen es freilich die meisten Gewerkevereinsmit-
glieder nicht haben. Es wird gerade so getan, als
ob wir eigentlich schon zu spät kämen und die
politische Welt schon vergeben sei. Und doch
wird dieselbe sozusagen täglich neu geboren.
Es ist nicht befriedigend, als der Wechsel in allen
Dingen dieser Art. Das unsere Gewerkevereins-
mitglieder einmal politisch alle an einem Stränge
ziehen werden, das ist wohl ausgeschlossen, dazu
gehört schon der „freie“ Zwang der Sozialdemo-
kratie. Aber besser, viel besser kann es für den freien,
gebildeten Arbeiterstand in dieser Hinsicht werden,
wenn wir allenthalben freie Wahlvereine gründen,
selbstverständlich nicht allein aus Gewerkevereins-
mitgliedern, sondern aus allen freien Männern jeden
Standes, welche man dazu gewinnen kann. Wie
man diese freien Wahlvereine benennt, das ist einerlei,
sie können a. B. heißen: „Demokratischer Volksverein“,
„Freier Volksverein“, oder auch nur einfach „Freier
Wahlverein“. Die Ortsverbände, die man nicht in
den engen Rahmen der Berufsvereine zwängen
kann, können die (absolut notwendigen) Verbindung in den
einzelnen Orten herstellen und erhalten. So nur
können wir in 5 Jahren soweit organisiert sein, daß
wir in einzelnen Wahlkreisen schon mit Erfolg auf
alle Wahlen einwirken und wo angängig, auch unsere
unabhängigen und befähigten Kollegen als Kandidaten
aufstellen können, ohne unsere Neutralität in unseren
Gewerkevereinen aufzugeben. Wenn dann in diesen
Wahlvereinen das Selbstbewußtsein nicht vernachlässigt
wird (und dazu sind die Wahlvereine mit in erster
Linie da), dann können wir bei den Wahlen aus
eigener Kraft unsere Agitation betreiben und sind
nicht auf die gefüllten Kassen einer politischen Partei
angewiesen. Wir dürfen und nicht in das Schlepptau
einer politischen Partei nehmen lassen, am aller-
wenigsten unsere Beamten, und wenn man uns noch
so sehr umwirbt. Ich weiß, daß ich hier Widerspruch
finden werde, indem man mir entgegenhält, daß wir
unsere Gewerkevereinsbeamten doch nicht zu Reichs-
bürgern II. Klasse herabzuziehen dürfen. Es ist darauf
zu erwidern, daß auch das Reich mit Einverständnis
der ganzen übrigen Bevölkerung diesen Beamten das
passive Wahlrecht einräumt. Niemand kann zweien
Herren dienen. Wenn unsere Beamten für uns in
der Gewerkevereinsorganisation tätig sind, dann können
sie nicht noch in einem großen Parteipolitik tätig sein
für irgend eine Partei. Lun sie das, dann müssen
wir uns gefallen lassen, daß man diese Partei aus
unsere Reichshöhe hängt, oder auch umgekehrt. Da
hilft gar kein Abstreiten.

Wir im Siegerlande erleben es jetzt schon, daß
die hiesigen, hauptsächlich die gewerkschaftlichen

Sehr tief blickt sie auch, daß sowohl Freiherr von Uffa wie auch Graf Paschka dem früheren Landwirtschaftsminister von Bobbielt, dem rücksichtslosen Fleischvertreter, ein Loblied sangen. Beide Herren bedauerten, daß Herr von Bobbielt nicht mehr auf dem Ministerstuhl säße. Die Herren fanden auch nicht ein Wort des Tadelns für die eigenartige Geschäftshuberei des früheren Landwirtschaftsministers durch Beteiligung seiner Frau an der Firma Lippelt & Co.

Das sagen die katolischen und christlich-sozialen Arbeiter dazu, daß Konserwativen und Zentrum so inbrünstig um Kalls baten und Herrn von Bobbielt fetterten?!

In der Berliner Holzindustrie ist es zu einem Konflikt zwischen den organisierten Arbeitgebern und dem Holzarbeiterverbande gekommen, demzufolge am gestrigen Montag die Holzarbeiterverbände ausgesperrt wurden. Der Konflikt entstand infolge Ausrückung des Tarifs, da eine neue Vereinbarung mit dem Holzarbeiterverbande nicht zustande kam. Die sozialdemokratische Organisation wollte nicht, daß der neue Tarif unter Mitwirkung unseres Gewerkschafts der Arbeiter und der christlichen Gewerkschaft abgeschlossen wurde. Daraufhin hat unser Gewerkschaft selbstständig einen neuen Tarif abgeschlossen, so daß unsere Mitglieder und die Christlichen von der Aussperrung nicht getroffen werden.

Am Sonntag tagte im großen Saale des Verbandshauses der Deutschen Gewerkschaften eine allgemeine Mitgliederversammlung des Gewerkschafts der Arbeiter, die sehr stark besucht war. Es wurde Bericht gegeben über den Stand der Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In der Diskussion wurde von allen Rednern das eigenmächtige und die Gesamtinteressen der Holzarbeiter Berlins schädigende Vorgehen des Holzarbeiterverbandes beurteilt. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Holzarbeiterverband beabsichtigt, bei dieser Bewegung den Hauptwert auf die Vernichtung der anderen Organisationen der Arbeiter zu legen und die Alleinherrschaft an sich zu reißen. Es wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Die heute am 13. Januar 1907 im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften tagende Versammlung des Ortsvereins der Arbeiter (Hirsch-Bundler) spricht ihr größtes Entsetzen über das Vorgehen des Gausleiters Eulke respektive der Zahlstellenverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin (mit dem Gewerkschaften der Arbeiter einen neuen Tarifvertrag gemeinsam mit der Arbeitgeberorganisation abgeschlossen worden ist. Sie spricht der Meinung, daß die Entscheidung für ihr selbständiges Vorgehen in dieser Angelegenheit ihre Verantwortung und ihr Einverständnis ans und ist jetzt mit den von den Unternehmern gemachten Zugeständnissen vollständig zufrieden.

Sie erwartet demgemäß von den Mitgliedern, sich als Gewerkschaft zu betonen, und wenn sie nicht direkt ausgesperrt werden, ihre Klage nicht zu verlassen, da wir zu dieser Stellungnahme durch den Großmächthaber des Deutschen Holzarbeiterverbandes gedrängt worden sind. Für alle die Arbeitstätigen schädigenden Vorworte, welche aus diesem Verhältnis entstehen, trägt allein der Deutsche Holzarbeiterverband die Verantwortung.

Die deutsche Arbeiter-Zeitung stellt am Schluß eines Artikels über die wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie die Behauptung auf, daß das Programm der Gewerkschaften nach dem Urteil sozialdemokratischer Blätter sich vollkommen mit den programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie deckt. Die Arbeiter-Zeitung hätte aus ihrem eigenen Artikel über die Sozialdemokratie lernen können, wie tief klaffend der Unterschied zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sind. Jede entscheidende volksfreundliche, bürgerliche Partei kann das Programm der Gewerkschaften durchaus ablehnen.

Die Sozialdemokratie verweigert allerdings in ihren Wahlplakaten in der Regel gerade diejenigen Forderungen, die in dem Artikel der Arbeiter-Zeitung der Kritik unterworfen wurden. Das sind die utopistischen Ziele der Sozialdemokratie. Praktische Arbeiterforderungen zur Geltung zu bringen, bedarf es wahrlich nicht der Sozialdemokratie, was diese selbst behauptet, wenn ihre Presse behauptet, daß das Programm der Gewerkschaften auch das Programm der sozialdemokratischen Arbeiter sein könne. Alle in unserem Programm aufgeführten Forderungen sind innerhalb der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung zu verwirklichen. Die Arbeiter-Zeitung hätte sich also die indirekte Verdächtigung, als ob das Programm der Gewerkschaften ein sozialdemokratisches sei, sparen können.

Arbeiterbewegung. Der Zustand der Eisen- und Maschinenfabrik von Jäger in Eisenfeld ist beängstigend. Ein großer Teil der Arbeiter konnte einstellt noch nicht wieder eingestellt werden. Von den ausgesperrten Automobildruckmaschinenfabrik in Berlin ist noch immer ein Teil nicht im Dienst. Eine Einigung dürfte

jedoch in diesen Tagen erzielt werden. — Die Aussperrung auf den Rückwerten in Oberschönebrunn b. Berlin ist beendet. Die Großarbeiter werden erst wieder eingestellt, wenn Großarbeit vorhanden ist. Die von ihnen abhängigen Hilfsarbeiter sollen einstellt in anderen Abteilungen beschäftigt werden. — Eine umfangreiche Bewegung ist in der Berliner Holzindustrie ausgebrochen. Sämtliche Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind am Sonnabend ausgesperrt worden oder werden noch ausgesperrt werden. Den indirekten Anlaß hat die Erneuerung des Tarifs gegeben, über den trotz eifriger Bemühungen des Vorsitzenden des Gewerkschafts eine Einigung nicht zu erzielen war. Wir werden über den weiteren Verlauf des Kampfes noch berichten. — Der Streik der Schornsteinfeger in Hamburg ist durch Vermittlung des Branddirektors Westphalen zugunsten der Gesellen beendet. Derselben erhalten, während sie bisher in der Hauptsache aus Trinkgeld angewiesen waren, einen Wochenlohn von 21 Mk. in kleinen Geschäften 18 Mk. — Ein Streik der Fleischer in Leipzig hat die Erneuerung des Tarifs ausgebrochen. Geordert wird eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 11 Stunden und eine entsprechende Lohn- und Sonntagsarbeit nur im Notfalle und Lohnzahlung am Sonnabend. — Der Arbeitgeberverband der Holzindustriellen in Leipzig hat die Kündigung des Tarifs abgeschlossen. Damit ist ein Kampf in bedrohliche Nähe gerückt, an dem mehr als 4000 Arbeiter beteiligt würden. — In Nürnberg, wo bereits Tarife bestehen, auf eine Verbesserung der einzelnen Positionen zu drängen, die Geschäfte aber, in denen überhaupt noch kein Tarif abgeschlossen ist, zu zwingen, einen solchen zu schließen. — Die Grubenaushände im Lütticher Kohlenbeken nehmen zu. Auf der Höhe Hellwege wurde eine Bombe gegen die Fördermaschine geschleudert, glücklicherweise ohne daß dadurch Schaden angerichtet worden wäre. — In Riga ist ein Streik der Straßenbahnangehörigen ausgebrochen. Der Betrieb ruht vollständig. — Unter den Hasearbeitern in Warschau macht sich eine lebhafteste Bewegung geltend, die wahrscheinlich zum Ausbruch führen wird.

Zur Warnung! Es gibt noch viele Kreise, welche die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht für voll ansehen und glauben, sich dajelbst Freiheiten herausnehmen zu dürfen, die sie sich vor einem ordentlichen Gericht nicht erlauben würden. Zu diesen Kreisen gehört auch der Dreher B., dessen Klage gegen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft heute vor der fünften Kammer des Berliner Gewerbegerichts verhandelt wurde. Auf einen vom Vorsitzenden gemachten Vergleichsvorschlag erwiderte der Kläger: „Ich sehe ja, die fünfte Kammer macht wieder mit der A. G. E. „Kabrüche“. Auf diese beleidigende Ausfertigung bin ich der Gerichtshof sofort zur Beratung zurück und verurteile den Kläger wegen Ungehorsam vor Gericht zu einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe von 24 Stunden. Vom Haftzimmer aus ließ der Bestrafte ein ärztliches Attest überreichen und gleichzeitig um Umwandlung der Haftstrafe in eine Geldstrafe bitten. Das Gericht beschloß jedoch, den Kläger in Haft zu behalten, den betreffenden Arzt aber sofort über den Gesundheitszustand des B. zu vernehmen. Dieser Demützel möge allen etwas leicht erregbaren Gemütern zur Warnung dienen.

Neue Beweise für die Zentralität der „freien Gewerkschaften. Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen können, wie energisch die Gewerkschaften den sozialdemokratischen Wahlfonds unterstützen. In seiner Sonntagsnummer quittiert der „Vorwärts“ wiederum über folgende, dem Parteivorstand überweisene Summen: Vom Holzarbeiterverband, Zahlstelle Hamburg, 5000 Mk. Vom Zentralverband der Maurer, Zahlstelle Hamburg, 5000 Mk. Vom Verband der Gasarbeiter 1500 Mk. Vom Zentralverband der Köpfer und Berufsgenossen Deutschlands 1000 Mk. Von der Vereinigung der Maler Deutschlands, Billale Berlin, 800 Mk. Von der Vereinigung der Maler Deutschlands, Billale Hamburg, 500 Mk. Vom Verband der Schneider, Billale Hamburg, 500 Mk. Vom Verein zur Förderung der Interessen der Papier Berlin und Umgebung 150 Mk. Zentralverband der Buchdrucker Deutschlands 100 Mk.

Das wird natürlich die „freien“ Gewerkschaften nicht hindern, sich als neutrale Organisation, andere Berufsvereinigungen aber als die Lehnhilfe irgend welcher politischen Partei hinzustellen.

Louis Hoff, welcher 2 1/2 Jahre Hauptkassierer des Gewerkschafts der Schuhmacher und Lederarbeiter war, wurde Mitte Dezember vorigen Jahres infolge einer schweren Verletzung seines Amtes entsetzt und gemäß den statutarischen Bestimmungen aus dem Gewerkschaft und dessen Kassentasse ausgeschlossen. Hoff bedrohte den Parteivorstand, daß er aus

gegnerische Lager zu den Sozialdemokraten gehen, Klage nehmen und den Gewerkschaften schädigen würde, wenn sein Austritt nicht geheim gehalten würde. Auf diese an Erpressung grenzende Bedrohung beschloß der Parteivorstand eine Darlegung des Sachverhaltes in dem Vereinsorgan „Lederarbeiter“ Nr. 1 vom 4. Januar zu veröffentlichen. Hoff, früher ein sehr ordentlicher Mann, unterlag in letzter Zeit den Verlockungen der Großstadt; er verkehrte in schlechter Gesellschaft und gewöhnte sich das Trinken an. Er hatte den Auftrag, bei der Reichsbank stehende Vereinsgelder einzulassen und behauptet, daß schlechte Menschen ihn beschlepp, tranken gemacht und beraubt hätten. Er machte aber der Polizei keine Anzeige von der „Veranbarung“. Auf Grund dessen betraute der Parteivorstand die Staatsanwaltschaft mit der Untersuchung des Falles. Nun führte Hoff seine Drohung aus, indem er, unter Verschweigung seiner bösen Tat, einen Bericht an das sozialdemokratische „Schuhmacher-Jahrbuch“ in Ostha einreichte. In diesem Bericht erklärt Hoff den im „Lederarbeiter“ geschiederten Sachverhalt für einen schon in der Vergangenheit Roman. Er sei kein Alkoholiker, auch nicht aus Abnege geraten. Nach dieser Erklärung ist Hoff ein Defraudant, ein Betrüger, ein Rassenhieb.

Ein furchtbares Brandunglück in Weiskopffabrik bei Stragburg i. G. hat 21 jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf entsetzliche Weise den Tod gebracht. In der Weiskopffabrik Fabrik für Schuhsohlen entlief am Freitag gleich früh um 6 Uhr bei Beginn der Arbeit durch Entzündung von Gellulose, ein rasch um sich greifendes Feuer. Das Feuer belagerte den einzigen Ausgang an der Fabrik und da die Fenster vergittert waren, konnten die unglücklichen Opfer nirgendwo ins Freie gelangen und mußten so lebendig verbrennen.

Es ist in hohem Maße auffällig, daß eine Gellulose verarbeitende Fabrik, von der man doch weiß, daß sie leichter als andere Betriebe Brandkatastrophen ausgeht ist, nur einen Ausgang hatte und obenbrein vergitterte Fenster und daß weder die Hauptpolizei noch die Fabrikinspektion gegen einen solchen Zustand einschritt.

Die 338. Versammlung des Vereins für Volks- und Arbeiterunterstützung findet am Sonntag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Rgl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, statt. Es werden mitwirken: Herr Otto Wiemer, Regitation, des Berliner Damen-Vokal-Quartett Frau Emma Collin, Fräulein Schülz, Fräulein Bietter, Fräulein Sonia Berg, und Fräulein Marie Bender, Klavier.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Kaiserlautern.
Unser Ortsverband hat dieses Jahr reger gearbeitet. Es wurden insgesamt 9 Ausschreibungen, 4 kombinierte Ausschreibungen, 6 Ortsverbandsversammlungen und eine öffentliche Versammlung abgehalten. Letztere war überfüllt und wurde aufgelöst. Bei dieser Gelegenheit legten die sozialdemokratischen Gewerkschaften wieder mal eine Probe von ihrer Bildung ab. Manche Forderung ist im vergangenen Jahre hier durchgedrückt worden. Auf dem Jahresweite fanden von uns 59 Mann etwa 11 Wochen im Streik. Sie verstanden es während dieser Ordnung zu halten, während von unseren Gegnern mehrere hinter „Hühnerfleisch“ Garbinnen mußten. Als Erfolg unserer Agitation ist die Begründung zweier neuer Ortsvereine in Siegenbach und in Koblenz zu betrachten, die beide unserem Ortsverbande zugeführt wurden. Es ist dies ein Beweis für unser gute Sache und ein guter Erfolg, da wir hier mit zwei Gegnern schwer zu kämpfen haben. Das zeigt auch der Streik in der Rahnmaaschinen- und Fahrtrabfabrik von Weiskopff, wo die „freien“ Gewerkschaften in den Streik getreten sind, ohne sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen. Unserem Grundgesetz getreu, nicht mitzutreten, so wie nicht mitzutreten dürfen, haben sich unsere Mitglieder an den Streik nicht beteiligt und werden nun von den „freien“ schwer bekämpft. Abdruck getan hat uns das bisher jedoch nicht im geringsten, denn wir nehmen fortwährend neue Mitglieder auf.

Ortsverband Magdeburg.
Ein Jahr ernstlicher Arbeit ist wieder vorüber für unseren Ortsverband, und zwar ein Jahr des Fortschritts. gelang es doch mit Hilfe fast sämtlicher Ortsvereine mit dem 1. Juli einen besoldeten Verbandssekretär anzustellen. Als eine Anerkennung, die sich von Vorteil erwies hat, ist ferner die Wahl einer Räter-Kommission zu bezeichnen, welche an Stelle des etwas großen und schwerfälligen Apparates des bisherigen Ortsverbandsausschusses in Gemeinschaft mit dem Verbandssekretär die Verwaltung der Geschäfte leitet. Im Laufe des Jahres wurden 8 enger und 8 erweiterte Ortsverbandsversammlungen, 3 Wahlkommissionsversammlungen, 3 Ortsverbandsversammlungen und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Die erste öffentliche Versammlung am 18. Januar galt als Protestversammlung gegen den Schlichtungsversuch. Als Redner trat Herr Herrmann-Berlin auf. In der zweiten öffentlichen Versammlung sprach Herr Herrmann-Berlin über die Verhandlungen über die Wohnungsverhältnisse. In der dritten öffentlichen Versammlung referierte Verbandssekretär Böttner über den Geschäftsbericht, betreffend die Rechenschaft der Berufsvereine. In den Ortsverbands-